

Verbandssatzung des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg

vom 18. November 2014
in der Fassung der Satzung vom 23. November 2018

Aufgrund des § 3 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg vom 10. Oktober 1955 (GBl. Seite 207) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. Juni 1987 (GBl. Seite 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. April 2013 (GBl. 55) in Verbindung mit § 5 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit - GKZ - i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. September 1974 (GBl. S. 408), zuletzt geändert durch Art. 7 G zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 4. Mai 2009 (GBl. Seite 185) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg am 18. November 2014 folgende

Verbandssatzung

beschlossen:

§ 1

Mitglieder, Aufgabe, Name und Sitz des Verbandes

- (1) Die Stadtkreise Freiburg i. Br. und Ulm sowie die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Böblingen, Bodenseekreis, Breisgau Hochschwarzwald, Calw, Emmendingen, Esslingen, Freudenstadt, Göppingen, Heidenheim, Konstanz, Lörrach, Ortenaukreis, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Schwarzwald Baar, Sigmaringen, Tübingen, Tuttlingen, Waldshut und Zollern-Alb-Kreis bilden einen Zweckverband i. S. des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (-GKZ-).
- (2) Der Zweckverband erfüllt in seinem Verbandsgebiet (§ 2) unter Beachtung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes die Aufgaben der beseitigungspflichtigen Körperschaften i.S. von § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 914). § 4 des Tierische Nebenprodukte vom 25. Januar 2004 (GBl I S. 82) bleibt unberührt.
- (3) Der Zweckverband führt den Namen

"Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg" (ZTN Süd).

(4) Sitz des Zweckverbandes ist Biberach.

§ 2 Verbandsgebiet

Das Verbandsgebiet umfasst folgende Gebiete:

- Stadtkreis Freiburg i. Br.
- Stadtkreis Ulm
- Landkreis Alb-Donau-Kreis
- Landkreis Biberach
- Landkreis Böblingen
- Bodenseekreis
- Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
- Landkreis Calw
- Landkreis Emmendingen
- Landkreis Esslingen
- Landkreis Freudenstadt
- Landkreis Göppingen
- Landkreis Heidenheim
- Landkreis Konstanz
- Landkreis Lörrach
- Ortenaukreis
- Landkreis Ravensburg
- Landkreis Reutlingen
- Landkreis Rottweil
- Schwarzwald-Baar-Kreis
- Landkreis Sigmaringen
- Landkreis Tübingen
- Landkreis Tuttlingen
- Landkreis Waldshut
- Landkreis Zollern-Alb-Kreis

§ 3 Einrichtungen

Der Zweckverband kann die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Einrichtungen selbst betreiben oder entsprechende Einrichtungen Dritter in Anspruch nehmen, wobei den Anforderungen des Umweltschutzes Rechnung getragen werden muss.

§ 4

Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung des Zweckverbandes

- (1) Auf Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden nach Maßgabe des § 20 GKZ die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften Anwendung.
- (2) Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Es wird eine Geschäftsleitung gebildet.
- (3) Der Zweckverband hat das Recht, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Satzungen, insbesondere eine Gebührensatzung zu erlassen.
- (4) Der Zweckverband kann hauptamtliche Beamte ernennen.
- (5) Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

§ 5

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Im Falle der Verhinderung tritt an ihre Stelle ihr allgemeiner Stellvertreter oder ein sonst beauftragter Bediensteter nach § 53 Abs. 1 GemO oder § 43 Abs. 1 LkrO. Jedes Mitglied des Verbandes hat eine Stimme.
- (2) Ein Anwesenheitsrecht in der Verbandsversammlung ohne Stimm- und Rede-
recht haben die jeweiligen gesetzlichen Vertreter der Großen Kreisstadt Horb am Neckar, der Stadt Süßen, der Gemeinde Warthausen sowie der Gemeinde Orsingen-Nenzingen, solange der Verband in deren Gebiet eigene Anlagen nach § 3 betreibt.
- (3) Die Verbandsversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten des Zweckverbandes
 - a. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter,
 - b. die Änderung der Verbandssatzung,
 - c. die Auflösung des Zweckverbandes,
 - d. den Erlass von Satzungen,
 - e. die Bildung von Ausschüssen (§ 6),
 - f. die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,

- g. die Aufnahme von Krediten (ausgenommen Kassenkredite), wenn der Betrag 1 Mio. EUR übersteigt,
 - h. die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten, wenn der Betrag oder Wert im Einzelfall 30.000 EUR übersteigt,
 - i. Darlehenshingaben, wenn der Betrag im Einzelfall 20.000 EUR übersteigt,
 - j. Freiwilligkeitsleistungen, wenn der Betrag im Einzelfall 3.000 EUR übersteigt,
 - k. den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert im Einzelfall 200.000 EUR übersteigt,
 - l. die Entscheidung über die Ausführung von Vorhaben des Vermögensplans, insbesondere über die Ausführung von Bauvorhaben, und die Genehmigung der Bauunterlagen sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung, wenn die Gesamtkosten im Einzelfall 600.000 EUR übersteigen,
 - m. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10%, mindestens jedoch 50.000 EUR des Planansatzes, soweit diese Ausgaben nicht auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen (z.B. Tarifverträge, Umlagen) entstanden sind,
 - n. den Verzicht auf fällige Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, wenn der Anspruch im Einzelfall 5.000 EUR übersteigt,
 - o. die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Streitwert oder das Zugeständnis des Zweckverbandes im Einzelfall 60.000 EUR übersteigt,
 - p. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Geschäftsleitung sowie die Verwendung des Jahresgewinns oder die Deckung eines Bilanzverlustes,
 - q. die Regelung der allgemeinen Rechtsverhältnisse der Bediensteten des Zweckverbandes,
 - r. die Bestellung der Geschäftsleitung (§ 8).
- (4) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich mit angemessener Frist ein und teilt rechtzeitig die Verhandlungsgegenstände mit. In Notfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist und formlos einberufen werden oder ein Beschluss im Umlaufverfahren herbeigeführt werden. Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Jahr. Die Verbandsversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Verbandsmitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Der Verhandlungsgegenstand muss zum Aufgabengebiet des Verbandes gehören.

- (5) Die Verbandsversammlung kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (6) Für die Beschlussfassung in der Verbandsversammlung gelten die Vorschriften des § 32 der Landkreisordnung entsprechend. Der Verbandsvorsitzende hat Stimmrecht. Ein Beschluss über die Änderung der Verbandssatzung bedarf jedoch einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahlen der Verbandsmitglieder.

§ 6 Ausschüsse

- (1) Die Verbandsversammlung kann zur Beschlussfassung über einzelne Angelegenheiten beschließende Ausschüsse bilden. In die beschließenden Ausschüsse können Sachkundige widerruflich als beratende Mitglieder berufen werden.
- (2) Die Verbandsversammlung kann zur Vorberatung ihrer Verhandlungen oder einzelner Verhandlungsgegenstände beratende Ausschüsse bilden. In die beratenden Ausschüsse können Sachkundige widerruflich als Mitglied berufen werden.

§ 7 Verbandsvorsitzender

- (1) Der Verbandsvorsitzende und der Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt. Darüber hinaus können zwei weitere Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt werden. Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter werden jeweils auf die Dauer von 5 Jahren gewählt.
- (2) Scheidet ein Gewählter aus seinem Hauptamt aus, endet auch sein Amt als Verbandsvorsitzender oder als Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden. Die Verbandsversammlung wählt für die Restdauer der Amtszeit einen Nachfolger.
- (3) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung.
- (4) Um die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes zu sichern und Missstände zu beseitigen, kann der Verbandsvorsitzende der Geschäftsleitung Weisungen erteilen. Der Verbandsvorsitzende muss anordnen, dass Maßnahmen der Geschäftsleitung, die er für gesetzwidrig hält, unterbleiben oder rückgängig gemacht werden; er kann dies anordnen, wenn er der Auffassung ist, dass Maßnahmen für den Zweckverband nachteilig sind.

- (5) Der Verbandsvorsitzende entscheidet im Benehmen mit der Geschäftsleitung über die Ernennung, Einstellung einschließlich Eingruppierung und Entlassung der Beamten bzw. Beschäftigten ab EG (9) des Zweckverbandes. § 5 Abs. 4 Buchst. r) bleibt unberührt. Der Verbandsvorsitzende ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde des Verbandes.
- (6) Sofern nicht die Zuständigkeit der Verbandsversammlung (§ 5) oder der Geschäftsleitung (§ 8) gegeben ist, entscheidet der Verbandsvorsitzende über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, insbesondere über
- a) die Aufnahme von Krediten (ausgenommen Kassenkrediten) bis zum Betrag von 1 Mio. EUR im Einzelfall,
 - b) die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten bis zum Betrag oder Wert von 30.000 EUR im Einzelfall,
 - c) Darlehenshingaben bis zum Betrag von 20.000 EUR im Einzelfall,
 - d) Freiwilligkeitsleistungen, wenn der Betrag oder Wert 1.000 - 3.000 EUR im Einzelfall beträgt,
 - e) den Erwerb, die Veräußerung und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zum Wert von 200.000 EUR im Einzelfall,
 - f) die Entscheidung über die Ausführung von Vorhaben des Vermögensplans, insbesondere über die Ausführung von Bauvorhaben, und die Genehmigung der Bauunterlagen sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung, wenn die Gesamtkosten 200.000 - 600.000 EUR im Einzelfall betragen,
 - g) die Vergabe von Lieferungen und Leistungen zur Ausführung von Vorhaben des Vermögensplans, wenn die Vergabesumme im Einzelfall 500.000 EUR übersteigt,
 - h) den Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen ab einer jährlichen Summe von 50.000 EUR.
 - i) den Verzicht auf fällige Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, wenn sie im Einzelfall 2.500 - 5.000 EUR betragen.

§ 8

Geschäftsleitung, Geschäftsführer

- (1) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Geschäftsleitung wird von der Verbandsversammlung ein Geschäftsführer bestellt. Darüber hinaus können zwei weitere Stellvertreter des Geschäftsführers von der Verbandsversammlung bestellt werden. Die stellvertretenden Geschäftsführer vertreten den Geschäftsführer im Verhinderungsfall.

- (2) der Aufgaben der Geschäftsleitung wird von der Verbandsversammlung ein Geschäftsführer bestellt. Der Stellvertreter des Geschäftsführers wird auf Vorschlag des Zweckverbandes zur Rückgewinnung von Eiweiß und Fett "PROTEC Orsingen" bestellt, sofern er nicht zum Geschäftsführer des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg gewählt wird. Darüber hinaus kann ein weiterer Stellvertreter des Geschäftsführers von der Verbandsversammlung bestellt werden. Die stellvertretenden Geschäftsführer vertreten den Geschäftsführer im Verhinderungsfall.
- (3) Der Geschäftsführer leitet die Verwaltung des Zweckverbandes, soweit im Eigenbetriebsgesetz oder in der Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist. Ihm obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Im Rahmen seiner Zuständigkeit ist er für die ordnungsgemäße Führung des Betriebes verantwortlich. Er ist daneben für die Entscheidung über folgende Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig:
- a) Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Beschäftigten bis EG (8),
 - b) die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des Wirtschaftsplans,
 - c) die Gewährung von Freiwilligkeitsleistungen, wenn der Betrag oder Wert bis zu 1.000 EUR beträgt,
 - d) die Entscheidung über die Ausführung von Vorhaben des Vermögensplans, insbesondere über die Ausführung von Bauvorhaben, und die Genehmigung der Bauunterlagen sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung, wenn die Gesamtkosten bis zu 200.000 EUR im Einzelfall betragen,
 - e) die Vergabe von Lieferungen und Leistungen zur Ausführung von Vorhaben des Vermögensplans, wenn die Vergabesumme bis zu 500.000 EUR im Einzelfall beträgt,
 - f) Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bis zu einer jährlichen Summe von 50.000 EUR.
 - g) den Verzicht auf fällige Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, wenn sie im Einzelfall bis zu 2.500 EUR betragen.
- (4) Der Geschäftsführer vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und die Entscheidungen des Verbandsvorsitzenden, soweit nicht der Verbandsvorsitzende für Einzelfälle oder für einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten etwas anderes bestimmt.
- (5) Der Geschäftsführer hat den Verbandsvorsitzenden über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes rechtzeitig zu unterrichten.
- (6) Der Geschäftsführer vertritt den Zweckverband im Rahmen seiner Aufgaben.

§ 9

Finanzwirtschaft, Umlagen

- (1) Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen.
- (2) Die vom Verband nach § 19 Abs. 1 GKZ zu erhebende Umlage wird jährlich im Wirtschaftsplan festgesetzt. Umlagemaßstab ist die Summe aus
- der Einwohnerzahl nach § 143 GemO
 - und dem Tierbestand nach dem Ergebnis der jeweils letzten amtlichen Viehzählung

im Verbandsgebiet.

Bei der Berechnung des Tierbestandes sind nur Einhufer, Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen nach der amtlichen Viehzählung im Verbandsgebiet zu berücksichtigen. Ausgenommen sind Ferkel unter 20 kg Lebendgewicht.

Abzustellen ist auf die letzten vorliegenden amtlichen Zahlen.

- (3) Die Umlage wird zu je einem Viertel fällig am 31. Januar, 30. April, 31. Juli und 31. Oktober. Die Verbandsversammlung kann beschließen, dass bis zur Festsetzung der Umlage für das laufende Jahr Teilzahlungen zu leisten sind, die sich nach der Umlage des vorangegangenen Jahres bemessen.

§ 10

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

Ein ausscheidendes Verbandsmitglied hat keinen Anspruch auf Beteiligung am Verbandsvermögen. Es haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten weiter.

§ 11

Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg.

§ 12

Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahlen der Verbandsmitglieder beschlossen werden.

Im Falle der Auflösung des Verbandes wird das nach Befriedigung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen auf die Verbandsmitglieder nach der Bemessungsgrundlage für die Umlage in § 9 Abs. 2 verteilt. Das gleiche gilt für die Abdeckung von Verbindlichkeiten.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandssatzung in Kraft.